

ker *Franz Furger* gab zu bedenken, wer angesichts von vielfältigen Unterdrückungsmechanismen in Ländern der sogenannten Dritten Welt denn garantieren könne, daß das, was man als eigene Rationalität ausbebe, nicht letztlich der „Selbstdefinition der jeweils Herrschenden“ entspreche.

Der Münchener Jesuit *Johannes Müller* wies darauf hin, daß die Diskussion über diese Frage dadurch erschwert werde, daß das Handeln der westlichen Welt im Umgang mit den Entwicklungsländern von einer Art „Doppelmoral“ bestimmt werde: Man erwartet vom anderen etwas, an das man sich selbst nicht gebunden fühlt. Der westliche Lebensstandard sei nicht universalisierbar – aber besitze dennoch Vorbildcharakter. Auf die Menschenrechtsproblematik in dem Zusammenhang angewandt, sprach sich der Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Theologie und Frieden, *Thomas Hoppe*, dafür aus, sich im Westen im Gespräch mit den Ländern der Dritten Welt auf den Traditionsbestand der Menschenrechte zu besinnen und diesen dann auch kritisch auf die eigene westliche Kultur anzuwenden. Zu ihrem Entstehungshintergrund gehöre das Anliegen, Leiderfahrung zu verringern und soziale Wirklichkeit zu verändern. Jede Form der politischen Instrumentalisierung werde ihnen nicht gerecht.

Wilfred bezeichnete in seinem Beitrag das westliche Verhältnis von Tradition und Modernität als „dualistisch“. Diese Erkenntnisweise bedeute „eine Zäsur, einen tödlichen Schnitt der Diskontinuität in dem, was diese Völker und Gesellschaften Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch gelebt haben“. Der Aachener Missio-Mitarbeiter *Hermann Janssen* erinnerte in dem Zusammenhang daran, daß ein ganzheitlicher Entwicklungsbegriff – in diesem Anliegen von der biblischen Reich-Gottes-Botschaft unterstützt – sowohl gegenüber einer dualistisch-europäischen als auch einer monistisch-mythischen Weltanschauung eine Herausforderung darstelle.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines sich dezidiert als ganzheitlich verstehenden Entwicklungsbegriffs

wird deutlich, wie schnell die Übergänge zwischen Verkündigungs- und Entwicklungsarbeit verschwimmen können bzw. wie schwer eine sachliche und begriffliche Unterscheidung zwischen beiden fallen kann. Eine Mission ohne Entwicklung – so in Mainz der Missionswissenschaftler *Basilus Doppelfeld* (Münsterschwarzach) – gibt es nicht. Ebenso wenig gibt es eine Entwicklung ohne eine umfassende Berücksichtigung – so der Geschäftsführer von Misereor, *Ulrich Koch* – von Leben, Gefühlen und Spiritualität der Menschen in den Dritte-Welt-Ländern.

Kein bloßer Einstieg in die Missionsarbeit

Und trotzdem wandte sich *Peter Rottländer* (Misereor) „gegen eine allzu enge Verknüpfung von Mission/Evangelisierung und kirchlicher Entwicklungsarbeit“. Rottländer brachte seine Position auf die Formel: „Es gibt keine Mission ohne Entwicklung bzw. keine Evangelisierung ohne Solidarität“, aber „sehr wohl eine Entwicklung ohne Mission, eine Solidarität ohne Evangelisierung“. In dem Zusammenhang liefen zwei Thematiken ineinander, die es klar auseinanderzuhalten gilt: die grundsätzlich ethische Begründung von Entwicklungsarbeit (und damit auch der von den Kirchen geleisteten) und die Gründe von Christen bzw. der Kirchen im besonderen, sich auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren.

Eine weithin autonom vorgenommene ethische Bestimmung der Inhalte und Ziele von kirchlicher Entwicklungsarbeit ist etwas anderes als die Tatsache, daß sich eine ethische Begründung dieser Inhalte und Ziele im Lichte der eigenen Glaubenstradition für Christen zwingend aus ihrem Selbstverständnis ergibt.

Ein Begriff, der zwischen Mission/Evangelisierung und Entwicklungsarbeit zu vermitteln in der Lage ist, scheint der des „Zeugnisses“ (*Franz Furger*) zu sein. Das Zeugnis ist nicht von vornherein im Sinne werbender Propaganda mißzuverstehen. Ein Zeugnis ist auch nicht primär verbal – es kann sich auf verschiedenstem Weg vollziehen. Es schränkt weder die Art der geleisteten Arbeit noch die Partner für eine Zusammenarbeit ungebührlich ein: Was nach innen als Glaubenszeugnis begründet wird, kann nach außen – ohne diese Begründung unentwegt auf den Lippen zu führen – solide bei der fachlichen Seite der Arbeit bleiben. Auf ihre Weise ist Entwicklungsarbeit ebenso Zeugnis wie kirchliche Solidarität in der Evangelisierungsarbeit. Die sachliche und organisatorische Unterscheidung von beidem ist damit nicht in Frage gestellt: Und sei es nur deshalb – worauf Bischof Kamphaus in dem bereits zitierten Text hinweist –, um den Eindruck zu vermeiden, die Kirche wolle ihren Beitrag zur ganzheitlichen Entwicklung „als bloßen Einstieg in die Missionsarbeit instrumentalisieren“

K. N.

Wirtschaft: Wie sich Mentalitäten auswirken

Der arbeitende Mensch selbst spielt oft in wirtschaftspolitischen Überlegungen und einer mit dem Instrumentarium mechanischer Gesetze operierenden Wirtschaftstheorie eher eine Nebenrolle. Erklärbar ist dies zwar, da beispielsweise die Definition oder gar Berechnung der Mentalität der erwerbstätigen Bevölkerung einer

bestimmten Region Ökonomen und Politiker in gleichem Maße vor schwerwiegende Probleme stellt. Bleibt das wirtschaftende Subjekt in der Theorie aber außen vor und erhält es für seine Eigenschaften und Eigenheiten in den an einem einheitlichen Menschenbild orientierten politischen Modellen nur wenig Aufmerksamkeit,

lassen sich bestimmte Phänomene schwer erklären: So zum Beispiel die Tatsache, daß unter fast gleichen objektiven Bedingungen wie der geographischen Lage, politischer Konstellationen, klimatischer Verhältnisse oder Bevölkerungsdichte in verschiedenen Regionen unterschiedliche wirtschaftliche Ergebnisse erreicht werden, umgekehrt unter unterschiedlichen Bedingungen jedoch ganz ähnliche Leistungen möglich sind.

Unterschiedliche Mentalitäten der Erwerbsbevölkerung

Solche Beobachtungen bildeten den Ausgangspunkt einer im Frühjahr veröffentlichten Studie – ihr Titel: „Zur Wirkung außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung“ – des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG), die, gefördert durch die Bertelsmannstiftung, 13 wirtschafts- und beschäftigungsstarke Landkreise und 13 schwächere in der alten Bundesrepublik vergleicht. Objektive Daten zu wirtschaftlich relevanten Bedingungen fließen in die Gegenüberstellung ebenso ein wie die Aussagen einzelner Erwerbstätiger zu ihrer je persönlichen Einstellung zu Beruf und Lebensqualität und zu den vorherrschenden Orientierungs- und Verhaltensmustern der Menschen in ihrer Region.

Das Ergebnis dieser Studie zu wirtschafts- und arbeitskulturellen Unterschieden in Deutschland ist nicht ohne wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitische Brisanz. Denn Institutsleiter *Meinhard Miegel* und seine Mitarbeiter belegen mit ihren Untersuchungen nicht nur den entscheidenden Einfluß, den persönliche und gesellschaftliche Neigungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung einer bestimmten Region auf deren Wirtschafts- und Beschäftigungslage haben. Sie setzen damit zugleich auch explizit Fragezeichen hinter bestimmte wirtschaftspolitische Prinzipien: Mit dem in der Studie unternommenen Aufweis der entscheidenden Wirkungen von Wirtschafts- und

Arbeitskultur auf die ökonomische Entwicklung und Dynamik einer Region läßt sich erklären, warum jahrzehntelange Ausgleichszahlungen zwischen strukturschwachen und stärkeren Regionen letztendlich, so die These Miegels, zu keinen wirklichen Erfolgen geführt haben. Liegt in dem Hinweis auf die unterschiedlichen Mentalitäten, die verschiedenen Einstellungen und Verhaltensweisen der Erwerbsbevölkerung der Schlüssel zum Verständnis eines unerklärbaren Rests, der nach der Analyse eines bestimmten Wirtschaftsraumes bezüglich der geographischen Lage, demographischer Faktoren, klimatischer und politischer Bedingungen bleibt? Für die je 13 untersuchten wirtschafts- und beschäftigungsstarken Landkreise (Dingolfing-Landau, Fulda, Heidenheim, Limburg-Weilburg, Main-Tauber, Minden-Lübbecke, Ortenau, Paderborn, Siegen, Traunstein, Weilheim-Schongau, Zollernalb und Sigmaringen) und schwächeren Kreise (Cham, Daun, Dithmarschen, Kleve, Northeim, Pirmasens, Sankt Wendel, Schweinfurt, Uelzen, Vechta, Werra-Meißner, Leer und Emsland) zeigt die Studie auf: „Die Neigungen und Verhaltensweisen der Erwerbsbevölkerungen in den Vergleichsgruppen wichen in ganz spezifischer, erwerbswirtschaftlich relevanter Weise voneinander ab“ (S. 119).

Beobachtungen und Ergebnisse wie die der vorgelegten Studie dürften, so die Autoren, nicht ohne Folgen im *politischen Bereich* bleiben. Dies gelte besonders in bezug auf die grundsätzliche Orientierung an der Herstellung und Gewährleistung gleicher materieller Lebensbedingungen in Ländern und Regionen: „Denn sollten regionale Wirtschafts- und Beschäftigungslagen erheblich von Neigungen und Verhaltensweisen der jeweiligen Bevölkerung abhängen, wäre nicht nur fraglich, ob das Postulat gleicher materieller Lebensbedingungen verwirklicht werden kann, sondern mehr noch, ob es überhaupt verwirklicht werden soll“ (S. 122).

Für die Wirtschaft hieße das konkret, so eine weitere Schlußfolgerung aus der Studie, daß der wichtige Standortfaktor Mensch stärker berücksichtigt,

daß Einstellungen und Verhaltensmuster der erwerbstätigen Bevölkerung eines Raumes in den ökonomischen Kriterienkanon, nach dem Investitionsentscheidungen getroffen werden, aufgenommen werden müßten.

Arbeit als Lebenssinn oder zum Lebensunterhalt?

Die Aussagen der Bevölkerung – über zwei Monate lang wurden in der schwachen und starken Gruppe je zirka 1200 Personen im Alter über 14 Jahren befragt – zu ihrem Erwerbs- und Sozialverhalten, zu ihrer Einstellung gegenüber Intelligenz, Kreativität, Kompetenz und Innovation, Mobilität, Flexibilität und beruflicher Selbständigkeit ließen *zwei deutlich unterschiedene Gruppenprofile* erkennen. Stark vereinfacht zusammengefaßt, ergibt sich, daß in den wirtschaftsstarken Regionen eine vergleichsweise individualistischere, dynamischere, karriere- und erfolgsbetontere Einstellung und eine höhere berufliche Selbstverantwortung der Erwerbstätigen zu belegen sind. Den stärker auf soziale Zusammenhänge konzentrierten Menschen in der schwächeren Region ist dagegen mehr am intakten Familienleben, an guten und auf gegenseitige Hilfeleistung angelegten Nachbarschaftsverhältnissen und an ihrem Freundeskreis gelegen als an steilen Karrieren und beruflichem Prestige.

Während für die wirtschaftlich Erfolgreicheren in größerem Maße die Arbeit selbst als Lebenssinn gilt, dient sie den anderen schlicht zum Lebensunterhalt. Härte und Durchsetzungsvermögen im Beruf werden von den Erwerbstätigen eines prosperierenderen Raumes eher akzeptiert. Dagegen haben Ehrlichkeit und Anstand bei der anderen Gruppe einen hohen Stellenwert, zeigt sie die größere Sensibilität für gute Arbeitsatmosphäre; Bodenständigkeit und Gastfreundlichkeit spielen dort eine entscheidende Rolle.

Anzumerken wäre allerdings, daß die Aussagen zu den befragten Einstellungen meist nur in der Größenordnung von nicht mehr als fünf Prozent

voneinander abweichen. Insgesamt bestätigt die Befragung trotz der von ihr aufgewiesenen wirtschafts- und arbeitskulturellen Unterschiede das unterschiedslose Bekenntnis zu den „urdeutschen“ Tugenden wie Fleiß und Tüchtigkeit, denen beide Gruppen oberste Priorität einräumen. Die Sparsamkeit steht für beide an zweiter Stelle, gemeinsam ist ihnen ebenso, daß die Weltoffenheit in der Rangfolge prägender Einstellungen den untersten Platz einnimmt.

Für eine Regionalisierung der Wirtschaftspolitik

Die jeweiligen Orientierungen und Präferenzen haben, so die Studie, Einfluß auf ein entsprechendes „erwerbswirtschaftliches Handeln“, das in der überdurchschnittlich prosperierenden und wirtschaftlich aktiveren Gruppe zu größerer Bevölkerungsdichte, schwächerer Wanderungsbewegung, höherem Urbanisierungsgrad, besserer verkehrs-

technischer Erschließung, leichterem Zugang zu Universitäten und Forschungseinrichtungen, besserer beruflicher Qualifikation der Erwerbsbevölkerung und Verfügbarkeit von Fach- und Führungskräften, höherer Arbeitsmotivation, wirtschaftsfreundlicherer Politik, leistungsfähigerer Kommunalverfassung und besserem regionalem Wirtschaftsimage führt. Die schwächere Gruppe zeichnet sich dagegen durch die intaktere Umwelt, die bessere Verfügbarkeit von Freizeiteinrichtungen, die umfassendere Versorgung mit Kindergärten, den größeren Anteil an Einfamilienhäusern, die höhere Wohneigentumsquote und die leichtere Verfügbarkeit gewerblicher Grundstücke aus.

Ganz entscheidend aber ist, daß in beide Gruppen ein Großteil der Befragten mit ihrem Leben, der Arbeit und der eigenen wirtschaftlichen Situation zufrieden sind, daß das subjektive Glücksgefühl – trotz der zugrundeliegenden, durchaus voneinander abweichenden objektiven Bedin-

gungen – keine großen Unterschiede erkennen läßt. Miegel sieht darin einen weiteren Anhaltspunkt, „für die mentalen sowie wirtschafts- und arbeitskulturellen Unterschiede“ (S. 113.).

Insgesamt ist die Studie ein entschiedenes Plädoyer für eine Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Deutschland und deren Orientierung an der Entwicklung der regionalen Eigenschaften und Besonderheiten, wenn auch die Autoren ihre Aussagen unter dem Vorbehalt des beschränkten Umfanges ihres Projektes treffen. Die Ergebnisse werden Kritikern des Finanzausgleiches zwischen armen und reichen Ländern, regionaler Förderprogramme und Strukturhilfeeinstellungen wichtige Argumente liefern. Nicht zuletzt halten die Thesen und Fragestellungen zu neigungs- und verhaltensbedingten Unterschieden der Entwicklungschancen bestimmter Wirtschaftsräume auch für die politischen Debatten um den weiteren europäischen Integrationsprozeß einigen Diskussionsstoff bereit. A. F.

Gemeinschaftlicher, gefühlsbetonter, kirchlicher Geistliche Gemeinschaften verändern das Gesicht des französischen Katholizismus

Die Katholizismen verschiedener europäischer Länder haben in den letzten Jahren erheblich ihr Gesicht verändert. Geistliche Gemeinschaften verfügen über ihre eigene Spiritualität, bieten Christen neue Gesellungsformen, führen auf neue Weise Laien, Kleriker und Ordensleute zusammen, fördern eine verstärkte Beschäftigung und eine gesteigerte Identifikation mit dem Glauben, während Pfarreien und erst recht Verbände bzw. die Katholische Aktion sich schwer tun bzw. mitten in einer ausgesprochenen Selbstverständniskrise stecken. Frankreich ist ein Land mit einer großen Vielfalt an Gruppen und Gemeinschaften dieser Art, an dem sich beispielhaft Veränderungen, die auch anderswo in etwa ähnlich ablaufen, aufzeigen lassen.

Die religiöse Landschaft des französischen Laienkatholizismus hat sich seit einigen Jahren radikal gegenüber seiner traditionellen Gestalt verändert. In dem Maße, wie die „Action Catholique“, die französische Spielart des Verbändekatholizismus, in den 70er Jahren in eine Krise geriet, schob sich etwa in demselben Zeitraum ein *neuartiger Typ von Laienkatholizismus* in den Vordergrund: Neue religiöse Gemeinschaften und Bewegungen gehören

seit gut 20 Jahren zu den innovativsten Teilen von Frankreichs Laienkatholizismus.

Die zwei Säulen des „renouveau“: Gebetsgruppen und Gemeinschaften

Äußere Indikatoren für diesen Wandel: Ganze Generationen von Mitgliedern des französischen Episkopates rekrutierten sich lange Zeit aus der Gruppe der Präsidien der „Action Catholique“ – zu den von Johannes Paul II. favorisierten neuen, „spirituelleren“ Bischöfen gehören auch solche, die geistlichen Bewegungen und Gemeinschaften nahestehen (vgl. HK, März 1988, 110 ff.). Zu den *aktivsten Mitgestaltern der Besuche des Papstes in Frankreich* gehörten ebenso Mitglieder geistlicher Gemeinschaften, wie man ihnen in den letzten Jahren in verschiedenen Diözesen zunehmend Schlüsselaufgaben anvertraute. Vor allem aber erweisen sich gegenwärtig geistliche Gemeinschaften als vergleichsweise fruchtbar, was den dringend benötigten *Priesternachwuchs* angeht.

Die Gruppen, die unter die Bezeichnung „communautés nouvelles“ den französischen Katholizismus zu verän-